

Erklärung des Bundes Ungarischer Organisationen in Deutschland (BUOD)

Das slowakische Parlament hat in seiner Sitzung vom 20. September 2007 die umstrittenen sogenannten Beneš-Dekrete für "unantastbar" erklärt. Aufgrund dieser Dekrete waren Ungarn und Deutsche nach dem Zweiten Weltkrieg aus der damaligen Tschechoslowakei kollektiv entrechtet und viele sogar vertrieben worden. U.a. wurden damals 55.000 Ungarn aus der heutigen Slowakei nach Ungarn und 44.000 in die heutige Tschechische Republik zwangsweise umgesiedelt.

Wir sehen in diesem Beschluss, der auf Betreiben der Regierungskoalition, besonders jedoch der ultrarechten Slowakischen Nationalpartei, zustande kam, eine bewusste Provokation und Diskriminierung der ungarischen Minderheit in der Slowakei. Schon seit einiger Zeit beobachten wir mit Sorge die ungarnefeindliche Haltung der jetzigen slowakischen Regierung unter Ministerpräsident Robert Fico und seiner Partner Vladimir Meciar und Jan Slota, die auch bei vielen Slowaken auf Kritik stößt. Immer häufiger kommt es zu bewusst kalkulierten Irritationen, Rechtsverstößen und herabsetzenden Äußerungen von Seiten der Regierungsverantwortlichen. Eine Politik gegen die ungarische Minderheit, die mit ca. 550.000 Personen ca. 10% der Landesbevölkerung darstellt, erscheint dabei als kleinster gemeinsamer Nenner der Koalitionsparteien.

Für die Ungarn handelt es sich bei den Beneš-Dekreten keinesfalls nur um eine Frage einer dringend gebotenen ethischen Vergangenheitsbewältigung. Vielmehr leben in der Slowakei noch heute Tausende von Ungarn, die ihre Hab und Gut verloren und diese trotz Regimewechsel nicht wieder bekommen haben. Der neuerliche Beschluss schließt die juristische und eigentumsrechtliche Aufarbeitung und Korrektur ausdrücklich aus.

Der Bund Ungarischer Organisationen in Deutschland verurteilt die Erklärung des slowakischen Parlaments, der einer Bestätigung des Prinzips der Kollektivschuld und somit einer kollektiven Diskriminierung der ungarischen Minderheit gleichkommt und von der ungarischstämmigen Bevölkerung auch als solche empfunden wird. Dieses Vorgehen passt nicht in die europäische Wertegemeinschaft und konterkariert die Bemühungen um eine gemeinsame Verfassung und ein friedliches Zusammenleben in Europa. Der Bund Ungarischer Organisationen bittet deshalb alle maßgeblichen politisch Verantwortlichen in Deutschland und Europa, den europäischen Normen in dieser Angelegenheit Geltung zu verschaffen und nicht einfach zur Tagesordnung überzugehen.